

Dipl.-Volkswirtin Sigrid Nicodemus

Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes 2008

Im vorliegenden Beitrag wird ein Überblick über die am 31. Dezember 2008 bestehenden Schulden aller öffentlichen Haushalte [Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv.) einschl. ihrer jeweiligen Extrahaushalte] gegeben. Diese werden nach den unterschiedlichen Schuldarten gegliedert und um Daten über die Schuldenneuaufnahmen der öffentlichen Haushalte nach Laufzeiten und ihre Schuldentilgungen im Laufe des letzten Jahres ergänzt. Weiterhin wird die Entwicklung der Schulden seit 1950 dargestellt. Eine Übersicht über die Schulden je Einwohner ermöglicht einen Regionalvergleich nach Ländern. Der Schuldenstand der Gemeinden/Gv. wird auch nach den wichtigsten kommunalen Gebietskörperschaftsgruppen sowie nach Gemeindegrößenklassen dargestellt.

Vorbemerkung

Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die in der zweiten Jahreshälfte 2008 begann, und die zu ihrer Behebung ergriffenen finanzpolitischen Maßnahmen hatten bis Ende 2008 noch keine deutlichen Auswirkungen auf die Höhe der Staatsverschuldung. Der Stand der Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte am 31. Dezember 2008 lag mit 1 517,6 Mrd. Euro um 1,0% höher als der entsprechende Vorjahreswert. Bereits vorliegende erste Ergebnisse aus der vierteljährlichen Schuldenstatistik zum 31. März 2009 zeigen allerdings, dass sich die Entwicklung beschleunigt: Die Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte (ohne die kommunalen Zweckverbände) nahmen um 1,9% gegenüber dem entsprechenden Vorquartal und um 3,8% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal zu. Der Fortgang der Rezession, die beschlossenen bzw. angekündigten Maßnahmen zur Bewältigung der Krise (u. a.

Konjunkturpakete, Maßnahmen zur Stützung von Finanzinstituten) sowie die Haushaltsplanungen für die Folgejahre lassen eine weitere deutliche Erhöhung der Staatsverschuldung in der Zukunft erwarten.

Die Höhe der Schulden öffentlicher Haushalte ist eine zentrale Zielgröße des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts. 2008 wurde erstmals seit 2001 wieder erreicht, dass in Deutschland die sogenannte Defizitquote – das Verhältnis zwischen dem jährlichen öffentlichen Defizit und dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktwerten – mit 0,0% deutlich unter dem von der Europäischen Union (EU) geforderten Referenzwert von 3% lag. Der EU-Durchschnitt betrug 2,3% und der der Eurozone 1,9%. Nicht erreicht wurde allerdings das zweite Maastricht-Kriterium, den Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen dauerhaft unter 60% zu halten. Seit 2003 verfehlte Deutschland dieses Ziel jeweils deutlich; Ende 2008 lag die Schuldenquote für Deutschland bei 65,9% (2007: 65,1%); der Durchschnitt in der EU betrug hier 61,5% (2007: 58,7%) und in der Eurozone 69,3% (2007: 66,0%). Die höchste Schuldenquote seit Einführung des Euro wurde für Deutschland im Jahr 2005 mit 67,8% ermittelt.

Die Berechnung des Maastricht-relevanten Schuldenstandes erfolgt nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995. Sie unterscheidet sich von der in diesem Beitrag verwendeten haushaltsmäßigen Abgrenzung der deutschen amtlichen Schuldenstatistik dadurch, dass für den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag zusätzlich zu den Kreditmarktschulden vor allem noch die Kassenverstärkungskredite, die Verkäufe von Post- und Telekom-Aktien des Bundes an die Kreditanstalt für

Wiederaufbau, die Verbindlichkeiten des Bundes aus dem Münzumsatz und die Schulden der Sozialversicherung miteinbezogen sowie Korrekturen aufgrund von Stützungsmaßnahmen für den Bankensektor durchgeführt werden.

Methodische Erläuterungen

Zu den öffentlichen Haushalten zählen in diesem Beitrag die Haushalte des Bundes, der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände, im Folgenden als Kernhaushalte bezeichnet. Die fortschreitenden Ausgliederungen und die zunehmende Übertragung von öffentlichen Aufgaben nebst ihren Schulden auf Fonds, Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen (FEU) beeinträchtigen in zunehmendem Maße die Aussagekraft der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden/Gv. Durch die schrittweise Einbeziehung dieser Einheiten in die finanzstatistische Darstellung wird diesem Sachverhalt Rechnung getragen.

Die FEU, die nach den Regelungen des ESVG 1995 dem Sektor Staat zuzurechnen sind, werden dabei als Extrahaushalte bezeichnet.

Die Extrahaushalte des Bundes umfassen die verschuldeten Sondervermögen des Bundes; dazu zählen der zur Bewältigung der aktuellen Finanzmarktkrise am 17. Oktober 2008 gegründete Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) sowie der Entschädigungsfonds. Letzterer wies allerdings zum 31. Dezember 2008 nur noch eine geringe Restschuld nach. Weiterhin gehören zu den Extrahaushalten öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem ESVG 1995 zum Sektor Staat zählen, wie zum Beispiel ab 2006 der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.

Die Extrahaushalte der Länder in der Finanzstatistik umfassen Einheiten, die nach dem ESVG 1995 zum Staatssektor gehören, wie zum Beispiel die ausgegliederten Hochschulen des Staatssektors mit eigenem Rechnungswesen, die aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederten Statistischen Ämter der Länder und Landesbetriebe für Straßenbau/-wesen bzw. für Verkehr. Von den Extrahaushalten der Länder waren Ende 2008 nur der in Rheinland-Pfalz ansässige Landesbetrieb Mobilität (mit Kreditmarktschulden Ende 2008 in Höhe von 1,3 Mrd. Euro) und die Hochschulen von Niedersachsen (Kreditmarktschulden 2008: 3,8 Mill. Euro) verschuldet. Diese Einheiten werden ab dem Jahr 2006 in der Schuldenstatistik als Extrahaushalte der Länder nachgewiesen. Zu den Extrahaushalten der Gemeinden/Gv. werden statistisch die kameral buchenden kommunalen Zweckverbände gerechnet. Sofern nicht ausdrücklich anders erwähnt, werden im Folgenden diese Extrahaushalte in die Darstellung miteinbezogen.

Als Schulden werden in der Regel in diesem Aufsatz nur die Kreditmarktschulden (im weiteren Sinne) betrachtet, die zur Deckung einer in den öffentlichen Haushalten bestehenden Finanzierungslücke aufgenommen wurden, sowie die vornehmlich aus Vorkriegsschulden und Kosten der Währungsumstellung in den neuen Ländern zusammengesetzten Ausgleichsforderungen. Dazu zählen alle Wertpapiersschulden

und alle direkten Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen sowie sonstigen in- und ausländischen Stellen. Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen und Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften werden in die Darstellung nicht einbezogen. Die zur Deckung einer vorübergehenden Kassenanspannung aufgenommenen Kassen(verstärkungs)kredite sowie die vergebenen Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen werden gesondert am Ende des Beitrages dargestellt.

Der Schuldenstand und die Schuldenbewegung werden jeweils zum Stichtag 31. Dezember eines Jahres statistisch erhoben. Berichtsperiode ist das jeweilige Kalenderjahr, nicht das Haushaltsjahr.

Überblick über die wichtigsten Ergebnisse

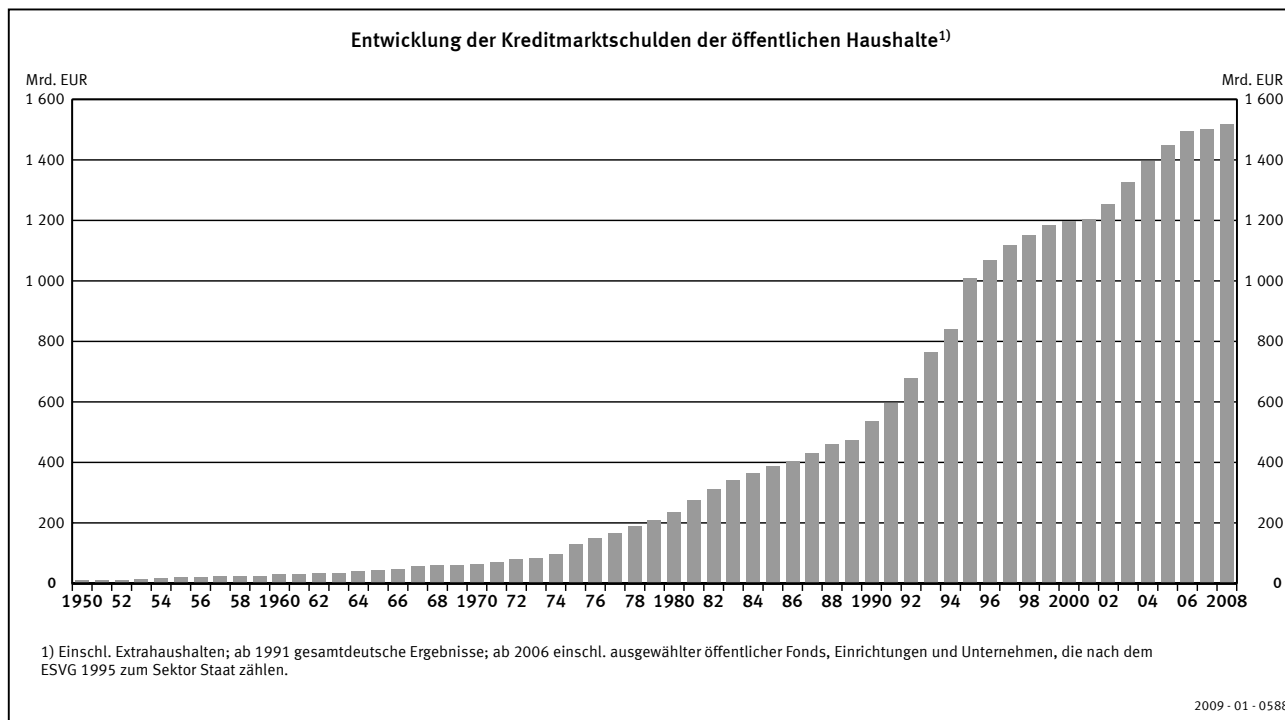
Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte insgesamt ist 2008 weiter leicht angestiegen. Er erreichte am 31. Dezember 2008 mit 1 517,6 Mrd. Euro einen um 1% höheren Betrag als im Vorjahr. Von dieser Summe entfielen 956,9 Mrd. Euro auf den Bund und seine Extrahaushalte, das entspricht einem Anteil von 63,1% an den gesamten Schulden der öffentlichen Haushalte; 481,7 Mrd. Euro entfielen auf die Länder einschließlich ihrer Extrahaushalte (Anteil: 31,7%) sowie 79,0 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gv. einschließlich der kommunalen Zweckverbände (Anteil: 5,2%). Nur der Bund wies 2008 einen höheren Stand der Kreditmarktschulden als im Vorjahr aus (+2,1%), bei den Ländern sank der Schuldenstand dagegen leicht um 0,2% und bei den Gemeinden/Gv. deutlich um 3,4% gegenüber dem Vorjahr.

Neben den Kreditmarktschulden, die zur Schließung einer Einnahmenlücke (Finanzierungsdefizit) der öffentlichen Haushalte dienen, nehmen die Gebietskörperschaften im Laufe eines Jahres auch Kassenkredite zur Überbrückung kurzfristiger Schwankungen zwischen den Einnahmen und Ausgaben ihrer Kassen auf. Diese Kassenkredite erreichten am 31. Dezember 2008 mit 61,9 Mrd. Euro einen neuen Höchststand. 28,9 Mrd. Euro dieser Kassenkredite hatte der Bund aufgenommen, 3,2 Mrd. Euro entfielen auf die Länder und 29,9 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gv. Insgesamt lag der Betrag der Kassenkredite um 21,8% über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Kreditmarktschulden und Kassenkredite zusammen ergaben eine Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte von 1 579,5 Mrd. Euro, das waren 1,7% mehr als im Vorjahr. Davon entfielen 985,7 Mrd. Euro auf den Bund (+3,0%), 484,9 Mrd. Euro auf die Länder (-0,0%) und 108,9 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gv. (-1,6%).

Neben den Schulden der Kern- und Extrahaushalte der Gebietskörperschaften werden summarisch auch die Schulden der sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) erfasst, an denen die öffentliche Hand zu mehr als 50% beteiligt ist. Diese betragen im Jahr 2008

Schaubild 1



513,8 Mrd. Euro (+7,4% gegenüber 2007). Im weiteren Verlauf der Darstellung bleibt dieser Bereich unberücksichtigt.

absolute Zunahme des Schuldenstandes wurde 1995 mit 169,2 Mrd. Euro registriert (das entsprach einer Steigerung um +20,1% gegenüber dem Vorjahr); in diesem Jahr wurde

Längerfristige Entwicklung

Seit 1950 ist die Verschuldung der öffentlichen Haushalte insgesamt in jedem Jahr angestiegen. Die Zuwachsraten des Schuldenstandes schwankten dabei deutlich. 1950 war der Schuldenstand mit 18,7 Mrd. DM bzw. 9,6 Mrd. Euro relativ niedrig, da die Währungsreform im Jahr 1948 die kriegsbedingten Altschulden der öffentlichen Haushalte umgerechnet um rund 400 Mrd. Euro reduziert hatte. Zu berücksichtigen ist auch, dass der Schuldenstand von Berlin (West) erst 1952 und der des Saarlandes erst 1960 einbezogen wurden. Bis 1960 stiegen die öffentlichen Schulden auf 29,0 Mrd. Euro. In den 1960er-Jahren nahmen sie dann deutlich zu, da zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Rezession in den Jahren 1966/67 eine Politik des "deficit spending" betrieben wurde. 1970 erreichte der Schuldenstand eine Höhe von 62,9 Mrd. Euro. In den Folgejahren wuchs die staatliche Verschuldung weiterhin kräftig. Die höchsten Zuwachsraten wurden 1975 (+34,1% bzw. +32,9 Mrd. Euro) und 1981 (+15,8% bzw. +37,5 Mrd. Euro) registriert. Ende 1990, dem Jahr der deutschen Vereinigung, betrug der Schuldenstand 536,2 Mrd. Euro.

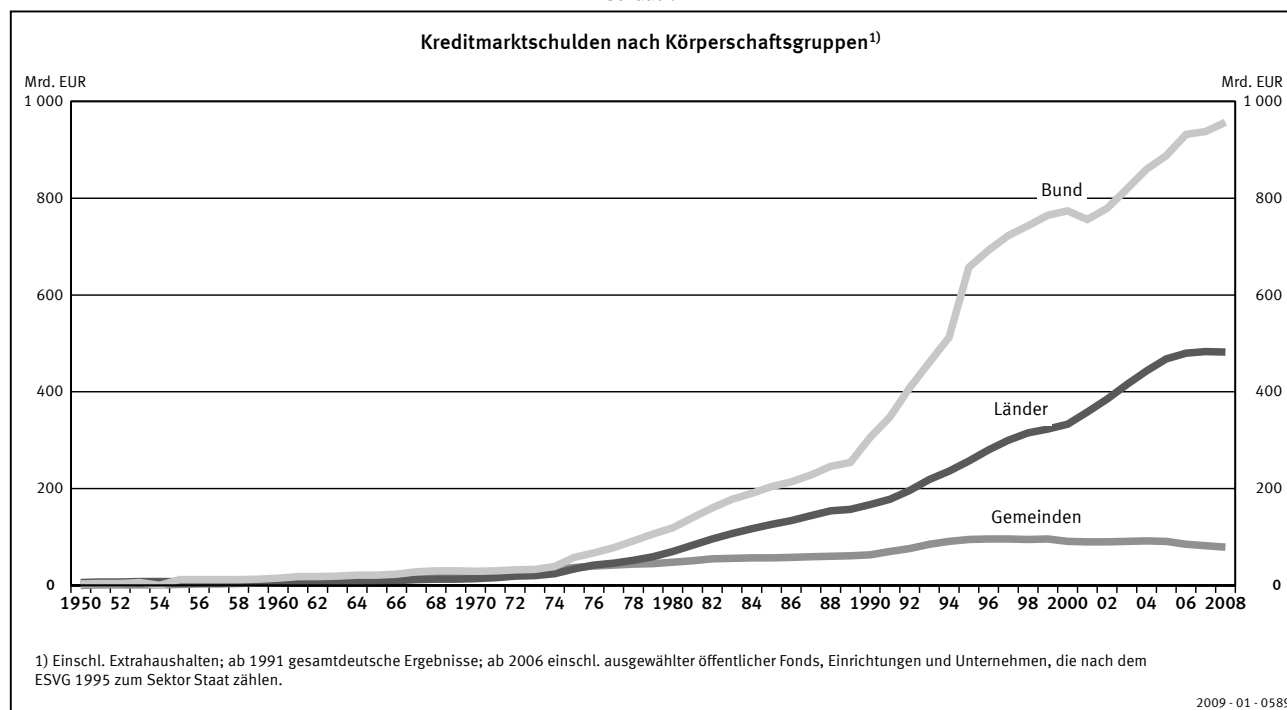
Im Jahr 1991 – dem Jahr, für das erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse vorgelegt wurden – belief sich der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte insgesamt auf 595,9 Mrd. Euro. In den Folgejahren stieg die Schuldenlast – u. a. infolge der finanzpolitischen Anforderungen durch die deutsche Vereinigung und der Übernahme von Verbindlichkeiten der ehemaligen DDR – beträchtlich an. Die bisher höchste

Tabelle 1: Entwicklung der Kreditmarktschulden nach Körperschaftsgruppen¹)

Jahr	Insgesamt	Bund	Länder	Gemeinden/ Gv.
Mill. EUR				
1950	9574	3428	6040	106
1960	28998	15312	7783	5904
1970	62927	28518	14015	20394
1980	236645	119227	69501	47917
1990	536223	306213	166906	63104
1991.....	595921	347809	178059	70053
1992	679867	407562	196342	75963
1993	765510	461357	219135	85018
1994	840122	513151	235542	91429
1995	1009323	657060	257336	94927
1996	1069247	692929	279864	96454
1997	1119076	723405	299744	95927
1998	1153413	743212	314765	95437
1999	1183062	764576	322672	95815
2000	1198145	773897	333187	91061
2001	1203887	756374	357684	89829
2002	1253195	778607	384773	89815
2003	1325733	819283	414952	91498
2004	1394954	860244	442922	91788
2005	1447505	888020	468214	91271
2006	1480625	916610	479489	84526
2006²)	1497111	932110	480475	84526
2007	1502196	937645	482752	81799
2008	1517593	956869	481717	79007
Veränderung in %				
2008 gegenüber 2007	+1,0	+2,1	-0,2	-3,4

1) Einschl. Extrahaushalten; ab 1991 gesamtdeutsche Ergebnisse. – 2) Ab 2006 einschl. ausgewählter öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem ESVG 1995 zum Sektor Staat zählen.

Schaubild 2



mit 1 009,3 Mrd. Euro Schulden auch erstmals die Billionengrenze überschritten. Der hohe Zuwachs war insbesondere dadurch bedingt, dass in diesem Jahr der neu errichtete Erblassentilgungsfonds die Verbindlichkeiten der zum Jahresende 1994 aufgelösten Treuhandanstalt in Höhe von rund 105 Mrd. Euro sowie Teile der Altverbindlichkeiten der Wohnungsbauunternehmen der ehemaligen DDR in Höhe von rund 16 Mrd. Euro übernahm.

2000 lag der Schuldenstand bei 1 198,1 Mrd. Euro. Trotz der Bemühungen der Gebietskörperschaften ihre Haushalte zu konsolidieren, stiegen die öffentlichen Schulden in den Folgejahren weiter an, in den letzten Jahren war allerdings ein Abflachen der Zuwachsraten festzustellen: 2007 stiegen die Schulden nur noch geringfügig um 0,3% an, 2008 waren die öffentlichen Haushalte mit 1 517,6 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet (+ 1,0% gegenüber dem Vorjahr). Gegenüber 1991 hatten sich die Schulden 2008 damit mehr als verdoppelt (+ 154,7%).

Ein Vergleich der Ergebnisse von 2008 mit denen früherer Berichtsjahre ist wegen der vorgenommenen Ausgliederungen aus den Kernhaushalten auch für die Jahre nach 1991 nur bedingt zulässig. Der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. emittierte erstmals 2005 Wertpapiere zur Mittelbeschaffung in Höhe von 8,0 Mrd. Euro, diese sind in den dargestellten Ergebnissen für 2005 nicht enthalten. Der hinsichtlich seiner Verschuldung bedeutende Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz wurde 2002 ausgegliedert. Die Ausgliederung von Hochschulen aus den Landeshäushalten erfolgte in Niedersachsen ab dem Jahr 1995 und in Hessen ab dem Jahr 2000; die Verschuldung der Hochschulen ist allerdings relativ gering bzw. in Hessen waren sie 2008 ganz schuldenfrei.

Die Entwicklung des Schuldenstandes der öffentlichen Haushalte wurde maßgeblich durch die Schulden des Bundes bestimmt. 1950 war der Bund mit 3,4 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet. Mit Ausnahme des Jahres 1962 (-1,8%) stiegen die Schulden in den Folgejahren jeweils an, bis auf 30,2 Mrd. Euro im Jahr 1968. Im Rahmen einer antizyklischen Finanzpolitik wurde der Schuldenstand in den Jahren 1969 und 1970 auf 28,5 Mrd. Euro abgebaut; danach erhöhten sich die Schulden des Bundes wieder kontinuierlich und beliefen sich 1990 auf 306,2 Mrd. Euro. Diese Entwicklung setzt sich auch mit der deutschen Vereinigung fort: Seit 1991 sind die Schulden des Bundes um 175,1% gestiegen – von damals 347,8 Mrd. Euro auf 956,9 Mrd. Euro 2008. Lediglich im Jahr 2001 konnte mit -2,3% ein Rückgang der Schulden gegenüber dem Vorjahr verbucht werden, da die durch die Versteigerung der UMTS-Lizenzen erzielten Einnahmen zum großen Teil für die Schuldentilgung verwendet wurden. Die höchsten absoluten Zunahmen des Schuldenstandes des Bundes wurden zu Beginn der 1990er-Jahre aufgrund der mit der deutschen Vereinigung verbundenen Lasten verzeichnet, die höchste prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahresstand gab es mit 28% im Jahr 1995 (siehe Absatz 2 dieses Kapitels).

1950 belief sich der Schuldenstand der Länderhaushalte (ohne Berlin-West und das Saarland) auf 6,0 Mrd. Euro. In den Folgejahren gab es nur leichte Zuwächse bzw. sogar Rückgänge des Schuldenstandes, 1963 lag die Verschuldung der Länder bei 7,0 Mrd. Euro. Seitdem sind die Schulden der Länder – außer im Jahr 1969 – ständig gestiegen, 1970 lagen sie bei 14,0 Mrd. Euro, 1980 bei 69,5 Mrd. Euro und 1990 bei 166,9 Mrd. Euro. Besonders kräftig waren die Anstiege in den Jahren 1975 und 1980 bis 1983 (gegenüber den jeweiligen Vorjahreswerten).

Der Schuldenstand der Länderhaushalte ist seit 1991 um 170,5% gestiegen, von 178,1 Mrd. Euro auf 481,7 Mrd. Euro im Jahr 2008. Hier wurde jedes Jahr bis 2007 eine Zunahme des Schuldenstandes gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert ermittelt. Besonders hoch waren dabei die Anstiege der Schulden in den neuen Bundesländern. 2008 sanken die Schulden der Länder insgesamt wieder geringfügig (-0,2%).

Bis Mitte der 1960er-Jahre wies der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände im früheren Bundesgebiet jeweils hohe Zuwachsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahreswert auf, wenn auch ausgehend von einem niedrigen Niveau. Auch in den Folgejahren erhöhte sich die Verschuldung der Kommunen stetig und erreichte 1990 63,1 Mrd. Euro.

1991 beliefen sich die Schulden der Kommunen in Deutschland – erstmals einschließlich der Kommunen der neuen Länder – insgesamt auf 70,1 Mrd. Euro. Bis 1996 stiegen sie auf 96,5 Mrd. Euro an; seitdem sinken die Schulden der Gemeinden oder es werden nur noch leichte Anstiege verbucht. Darin zeigen sich sicher die Konsolidierungsbemühungen der Gemeinden zur Verbesserung ihres finanzpolitischen Handlungsspielraums. Verursacht ist der geringe Anstieg allerdings auch dadurch, dass die Kommunen seit einigen Jahren immer mehr Aufgabenbereiche aus ihren Kernhaushalten ausgliedern. Die Schulden dieser ausgegliederten Einheiten werden dann von den Eigenbetrieben oder rechtlich selbstständigen Unternehmen und Einrichtungen übernommen und bleiben in dieser Darstellung unberücksichtigt. Auch dürfte das Ausweichen auf kurzfristige Kassenkredite diese Entwicklung mit beeinflusst haben. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass für das gesamte Bundesgebiet seit 2006 nur noch die Schulden der kameral buchenden Zweckverbände bei den öffentlichen Haushalten nachgewiesen werden, die der kaufmännisch buchenden Zweckverbände werden dagegen bei den Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen (FEU) verbucht. Diese Vorgehensweise wurde ab 1994 in den einzelnen Bundesländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten umgesetzt. Sollten zudem Zweckverbände vom kameralen Rechnungswesen auf kaufmännische Buchführung umsteigen, so zählen diese Einheiten nicht mehr zu den öffentlichen Haushalten.

Aktuelle Entwicklung 2008

Bund

Zum Jahresende 2008 waren der Bund und seine Extrahaushalte mit 956,9 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet. Davon waren 933,2 Mrd. Euro (+1,2% gegenüber dem Vorjahr) dem Kernhaushalt des Bundes und 23,7 Mrd. Euro den Extrahaushalten zuzurechnen (+51,9%). Der starke Anstieg der Schulden bei den Extrahaushalten ist darauf zurückzuführen, dass zur Bewältigung der aktuellen Finanzkrise am 17. Oktober 2008 der Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) gegründet und mit dem entsprechenden Kapital versehen wurde, um seine Aufgaben, die in der Finanzmarktcrise entstandenen Liquiditätseingänge der Finanz-

unternehmen zu überwinden und die Eigenkapitalbasis von Finanzunternehmen zu stärken, erfüllen zu können. Ende 2008 war dieser Fonds mit 8,2 Mrd. Euro verschuldet. Die Kreditmarktschulden des Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. blieben 2008 mit 15,5 Mrd. Euro konstant, während der Entschädigungsfonds bis Ende 2008 seine Schulden bis auf eine geringe Restschuld tilgen konnte.

Tabelle 2: Kreditmarktschulden 2008 nach Körperschaftsgruppen und Schuldarten
Mill. EUR

Schuldarten	Insgesamt	Bund	Länder	Gemeinden/Gv.
Kreditmarktschulden insgesamt	1 517 593	956 869	481 717	79 007
Extrahaushalte	27 651	23 700	1 325	2 626
Kernhaushalte	1 489 942	933 169	480 392	76 381
Kreditmarktschulden i.e.S. ¹⁾ .	1 485 425	928 652	480 392	76 381
Wertpapierschulden	1 151 086	915 220	235 652	214
darunter:				
Anleihen	593 167	591 453	1 500	214
Bundesschatzbriefe und -anweisungen	115 283	115 283	-	-
Bundesobligationen	164 515	164 515	-	-
Landesobligationen/ -schatzanweisungen ..	231 103	-	231 103	-
Direkte Darlehen	334 339	13 432	244 740	76 167
darunter von:				
inländischen Banken und Sparkassen	232 726	2 229	157 499	72 998
inländischen Versiche- rungsunternehmen ...	69 595	10 272	59 191	131
Ausgleichsforderungen	4 517	4 517	-	-

1) i.e.S.= im engeren Sinne; die Kreditmarktschulden i.e.S. bilden zusammen mit den Ausgleichsforderungen die Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

Beim Kernhaushalt des Bundes überwogen mit 915,2 Mrd. Euro bzw. einem Anteil von 98,1% an den gesamten Schulden die in Wertpapieren verbrieften Schulden, darunter waren 591,5 Mrd. Euro Anleihen, 164,5 Mrd. Euro Bundesobligationen und 115,3 Mrd. Euro Bundesschatzbriefe und -schatzanweisungen. Über direkte Darlehen bei Banken, Sparkassen und sonstigen Institutionen hatte sich der Bund 1,4% aller Mittel beschafft, während die Ausgleichsforderungen nur noch 0,5% seiner Schulden ausmachten.

Im Verlauf des Jahres 2008 nahm der Kernhaushalt des Bundes 229,3 Mrd. Euro neu am Kreditmarkt auf, gleichzeitig tilgte er Schulden in Höhe von 218,1 Mrd. Euro. Von den

Tabelle 3: Schuldenaufnahme und Schuldentilgung 2008¹⁾
nach Körperschaftsgruppen
Mill. EUR

Schuldner	Schuldenaufnahme		Schuldentilgung	
	zu- sammen	dar.: Wert- papier- schulden	zu- sammen	dar.: Wert- papier- schulden
Bund ²⁾	229 297	229 265	218 084	215 056
Länder ²⁾	74 951	51 423	77 038	44 665
Gemeinden/Gv.	7 345	-	10 348	31
dar.: Zweckverbände	564	-	593	-
Insgesamt ...	311 593	280 688	305 470	259 752

1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne. – 2) Nur Kernhaushalte.

neuen Schuldverträgen wurden 2,4% mit einer kurzfristigen Laufzeit (bis einschließlich einem Jahr) abgeschlossen, 2,3% mit einer mittelfristigen (zwischen einem und fünf Jahren) und 95,3% mit einer langfristigen Laufzeit (fünf Jahre und mehr).

Länder

Am 31. Dezember 2008 betrug der Schuldenstand der Länder und ihrer Extrahaushalte 481,7 Mrd. Euro; im Vergleich zum Vorjahr war dies eine geringfügige Abnahme um 0,2%. In den Flächenländern verringerten sich die Kreditmarktschulden insgesamt um 0,3%, die Entwicklung verlief jedoch sehr unterschiedlich: Im Saarland und in Hessen wurden mit 3,8 bzw. 2,0% die höchsten Anstiege der Schulden gegenüber dem Vorjahr ermittelt. Dagegen konnten insbesondere Sachsen (-13,4%), Bayern (-2,9%) und Thüringen (-2,5%) ihre Schulden reduzieren. Die Schulden der Stadtstaaten waren 2008 insgesamt um 0,3% höher als 2007: In Bremen wuchs der Schuldenstand 2008 um 6,8%, in Hamburg blieb er gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (-0,0%) und in Berlin verringerte er sich um 1,2%.

480,4 Mrd. Euro Kreditmarktschulden entfielen auf die Kernhaushalte der Länder (-0,3%). Von diesen waren 235,7 Mrd. Euro bzw. 49,1% des Schuldenstandes der Länder am Jahresende 2008 Wertpapierschulden, darunter 231,1 Mrd. Euro Landesobligationen bzw. -schatzanweisungen. 244,7 Mrd. Euro bzw. 50,9% entfielen auf direkte Darlehen, davon waren 157,5 Mrd. Euro Darlehen von inländischen Banken oder Sparkassen.

Im Jahr 2008 wurden von den Länderkernhaushalten insgesamt 75,0 Mrd. Euro Schulden neu aufgenommen, gegenüber dem Vorjahr war dies eine Zunahme um 6,4%. Im gleichen Zeitraum wurden Tilgungen von 77,0 Mrd. Euro

(+12,7%) geleistet. Rund 20,5% der neu aufgenommenen Schulden der Länder waren 2008 in kurzfristigen, 38,2% in mittelfristigen und 41,2% in langfristigen Verträgen kontrahiert.

Gemeinden/Gv.

Die Gemeinden/Gv. einschließlich der kommunalen Zweckverbände waren Ende 2008 mit insgesamt 79,0 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet und damit um 3,4% geringer als im Vorjahr. Davon entfielen 76,4 Mrd. Euro (-3,6%) auf die kommunalen Kernhaushalte und 2,6 Mrd. Euro (+2,6%) auf die kommunalen Zweckverbände. In fast allen Ländern war der Schuldenstand der Kommunen rückläufig, am stärksten in Baden-Württemberg (-8,0%) und in Mecklenburg-Vorpommern (-7,9%); im Saarland stiegen dagegen die Kreditmarktschulden der Kommunen gegenüber dem Vorjahr um 7,9% an.

75,5 Mrd. Euro bzw. 95,6% der kommunalen Schulden (Kernhaushalte und Zweckverbände) stammten aus direkten Darlehen von inländischen Banken oder Sparkassen, 3,3 Mrd. Euro bzw. 4,1% entfielen auf direkte Darlehen bei sonstigen Kreditgebern und nur 0,3% der Schulden waren als Anleihen verbrieft.

Im Jahr 2008 nahmen die Kommunen mit 7,3 Mrd. Euro 5,6% weniger Schulden als im Vorjahr neu auf, gleichzeitig wurden Schulden in Höhe von 10,3 Mrd. Euro getilgt, fast genauso viel wie im Vorjahr. Von den 2008 neu aufgenommenen Schulden hatten 13,7% eine kurzfristige, 5,6% eine mittlere und 80,7% eine langfristige Laufzeit.

Schulden nach Gemeindegrößenklassen

Die Schulden der Gemeinden/Gv. betragen rechnerisch durchschnittlich 1 001 Euro je Einwohner. Würde man die Kassenkredite hinzunehmen, so käme ein Betrag von durchschnittlich 391 Euro je Einwohner hinzu. Die Haushalte der kreisfreien Städte weisen die höchsten Schuldenstände je Einwohner auf; im Jahr 2008 ergaben sich je Einwohner rechnerisch durchschnittlich 1 206 Euro kommunale Schulden. Bei den kreisangehörigen Gemeinden waren es im Durchschnitt 645 Euro je Einwohner. Ein Grund für die höhere Verschuldung der kreisfreien Städte ist, dass diese auch kommunale Aufgaben wahrnehmen, die bei den kreisangehörigen Gemeinden von den Landkreisen bzw. in einigen Bundesländern von Ämtern, Samtgemeinden oder Verbandsgemeinden wahrgenommen werden; letztere hatten 2008 Schulden von 237 bzw. 163 Euro je Einwohner.

Die Einteilung der Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen zeigt, dass größere kreisangehörige Gemeinden in der Regel eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung aufweisen als kleinere (Ausnahme: Größenklasse 10 000 bis unter 20 000 Einwohner). Bei Einbeziehung der Kassenkredite steigt die Pro-Kopf-Verschuldung der kreisangehörigen Gemeinden ohne Ausnahme mit der Einwohnerzahl kontinuierlich an. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung unter Einbeziehung der Kassenkredite hatten 2008 Gemeinden mit mehr als

Tabelle 4: Kreditmarktschulden der Länder und Gemeinden/Gv.1) 2008 nach Bundesländern

Land	Länder		Gemeinden/Gv.	
	Mill. EUR	Veränderung gegenüber 2007 in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber 2007 in %
Flächenländer	388 861	-0,3	79 007	-3,4
Baden-Württemberg ...	41 705	±0,0	6 032	-8,0
Bayern	22 117	-2,9	13 704	-6,5
Brandenburg	17 134	-0,8	1 606	-2,0
Hessen	30 555	+2,0	7 951	-4,0
Mecklenburg-Vorpommern	9 916	-1,6	1 616	-7,9
Niedersachsen	50 213	+1,6	7 299	-2,4
Nordrhein-Westfalen ...	113 600	-0,4	23 311	±0,0
Rheinland-Pfalz	27 044	+0,8	4 877	-0,3
Saarland	9 494	+3,8	1 032	+7,9
Sachsen	9 584	-13,4	3 994	-6,5
Sachsen-Anhalt	19 808	-1,4	2 898	-4,5
Schleswig-Holstein	22 372	+1,6	2 229	-5,6
Thüringen	15 319	-2,5	2 458	-5,9
Stadtstaaten	92 856	+0,3	-	-
Berlin	55 961	-1,2	-	-
Bremen	15 277	+6,8	-	-
Hamburg	21 618	-0,0	-	-
Insgesamt ...	481 717	-0,2	79 007	-3,4

1) Einschl. Extrahaushalten.

Tabelle 5: Kreditmarktschulden der Gemeinden/Gv.¹⁾ nach Gemeindegrößenklassen

Gebietskörperschaft Gemeindegrößenklasse von ... bis unter ... Einwohner	Körperschaften		Kreditmarktschulden			Kreditmarktschulden je Einwohner	
	2007	2008	2007	2008	Veränderung 2008 gegenüber 2007	2007	2008
	Anzahl		Mill. EUR		%	EUR	
Kreisfreie Städte	112	112	26118	24748	-5,2	1276	1206
20 000 – 50 000	17	17	861	838	-2,7	1195	1169
50 000 – 100 000	29	29	2200	1571	-28,6	1108	787
100 000 – 200 000	33	32	4898	4916	+0,4	1061	1113
200 000 – 500 000	23	24	7711	7600	-1,4	1216	1162
500 000 und mehr	10	10	10447	9823	-6,0	1535	1435
Kreisangehörige Gemeinden	12188	12128	36703	35945	-2,1	656	645
unter 1 000	4869	4867	1066	1023	-4,0	450	434
1 000 – 3 000	3297	3270	3252	3089	-5,0	552	527
3 000 – 5 000	1264	1246	2828	2745	-2,9	580	567
5 000 – 10 000	1303	1299	5499	5360	-2,5	598	585
10 000 – 20 000	871	862	6718	6580	-2,1	559	551
20 000 – 50 000	495	495	10103	9896	-2,0	692	678
50 000 – 100 000	78	78	5172	5225	+1,0	985	997
100 000 und mehr	11	11	2065	2028	-1,8	1170	1149
Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden	739	708	1358	1320	-2,8	168	163
Landkreise	323	313	13813	13197	-4,5	247	237
Bezirksverbände	16	16	1246	1170	-6,1	24	22
Gemeinden/Gv. insgesamt ...	13378	13277	79239	76381	-3,6	1037	1001

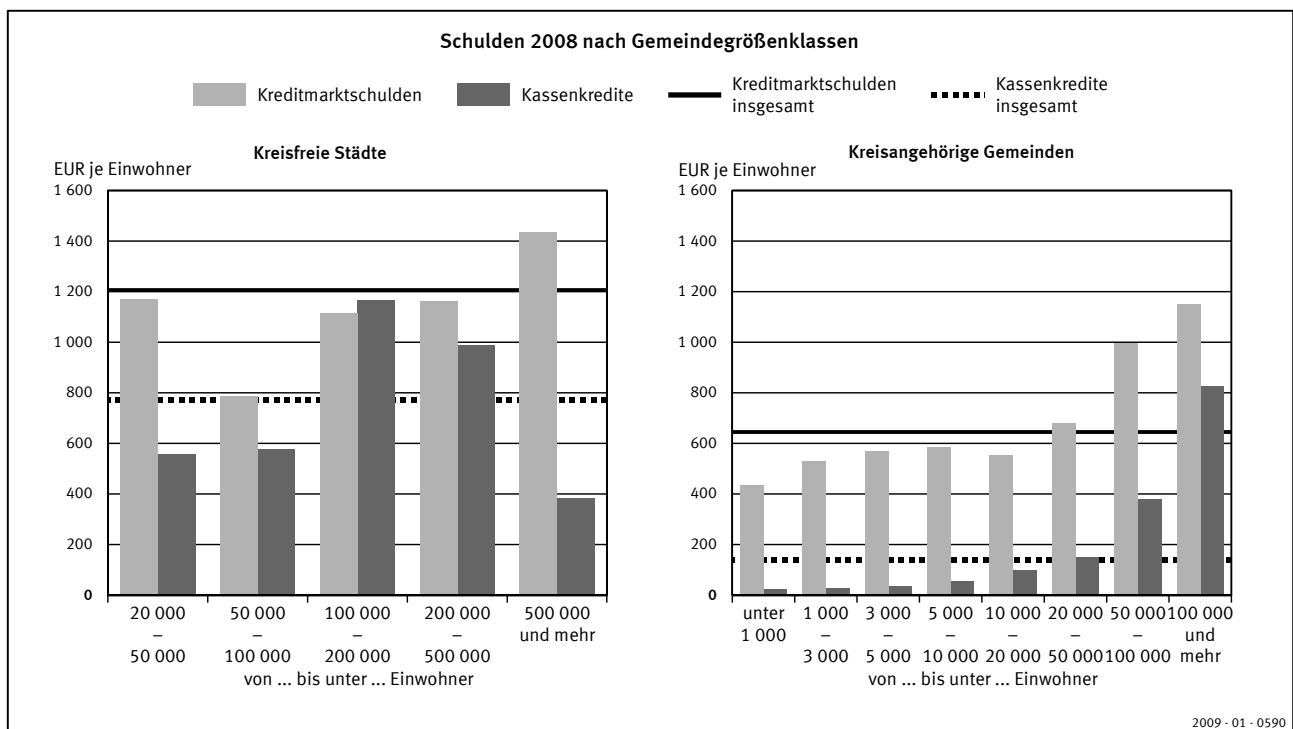
1) Ohne Zweckverbände.

100 000 Einwohnern mit einem Wert von 1 974 Euro je Einwohner.

Bei den kreisfreien Städten wurde der niedrigste Wert für die Größenklasse mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern berechnet (787 Euro), dann steigt er mit zunehmender Einwohnerzahl an. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung wiesen mit 1 435 Euro die kreisfreien Städte mit mehr als 500 000

Einwohnern auf. Diese Städte erfüllen aufgrund ihrer zentralen Stellung auch überörtliche Funktionen. Jede Kommune dieser Größenklasse hatte 2008 rechnerisch durchschnittlich je Einwohner 982 Euro an Kreditmarktschulden und 263 Euro an Kassenkrediten aufgenommen. Bezieht man die Kassenkredite mit ein, so wiesen die kreisfreien Städte mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern die höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf: 2 279 Euro je Einwohner insgesamt,

Schaubild 3



2009 - 01 - 0590

davon 1 113 Euro an Kreditmarktschulden und 1 166 Euro an Kassenkrediten.

Kassenkredite

Die nachgewiesenen Kreditmarktschulden stellen insgesamt den wichtigsten Teil der öffentlichen Verschuldung dar. Zunehmend wichtiger und aufgrund ihrer kurzfristigen Fälligkeit problematischer werden die sogenannten Kassenkredite. Diese werden insbesondere bei den Kommunen einiger Länder sehr häufig zur Finanzierung eingesetzt. Im letzten Jahr sind die Kassenkredite aber auch beim Bund und bei den Ländern prozentual stark gestiegen.

Am 31. Dezember 2008 standen bei Bund, Ländern, Gemeinden/Gv. und Zweckverbänden neben den Kreditmarktschulden 61,9 Mrd. Euro an Kassenkrediten zu Buche, 21,8% mehr als im Vorjahr. 1991 betrug die Kassenkredite der öffentlichen Haushalte 3,6 Mrd. Euro; seitdem haben sie sich um das 16-Fache erhöht. Die Kreditmarktschulden sind dagegen in diesem Zeitraum nur auf das 2½-Fache angestiegen. Der Stand der Kassenkredite betrug 2008 beim Bund 28,9 Mrd. Euro (+47,2% gegenüber 2007) und bei den Ländern 3,2 Mrd. Euro (+33,0%).

48,2% bzw. 29,9 Mrd. Euro aller Kassenkredite entfielen 2008 auf die Gemeinden/Gv. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg um 3,6%. Bei den Gemeinden/Gv. sind mittlerweile 27,4% aller aufgenommenen Fremdmittel Kassenkredite und nur noch 72,6% Kreditmarktschulden, 1991 hatte das Verhältnis noch 2,2 zu 97,8% betragen. Seit 1991 sind damit die von den Gemeinden/Gv. aufgenommenen Kassenkredite auf das 19-Fache (+1 808%) angestiegen,

während die von ihnen aufgenommenen Kreditmarktschulden „nur“ um 12,8% gestiegen sind. Eine besonders hohe Bedeutung haben Kassenkredite in den Kommunen von vier Bundesländern. In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz waren die aufgenommenen kommunalen Kassenkredite im Jahr 2008 mehr als halb so hoch wie die entsprechenden Kreditmarktschulden der Gemeinden/Gv.; im Saarland überwogen die Kassenkredite sogar die Kreditmarktschulden.

Für die übrigen Gebietseinheiten spielen die Kassenkredite keine große Rolle. Der Bund nahm zwar 2008 absolut betrachtet fast so viele Kassenkredite auf wie die Gemeinden/Gv., nämlich 28,9 Mrd. Euro. Das Verhältnis der Kassenkredite zu den Kreditmarktschulden betrug beim Bund jedoch nur 1:33, bei den Ländern sogar nur 1:150. Auch weist das Volumen der Kassenkredite beim Bund erfahrungsgemäß im Zeitablauf relativ große Schwankungen auf.

Schulden je Einwohner

Die Messzahl Schulden je Einwohner ermöglicht einen regionalen Vergleich der öffentlichen Schuldenlast. Um die Schuldenbelastung der Gebietskörperschaften möglichst vollständig aufzuzeigen, werden neben den Kreditmarktschulden auch die Kassenkredite in die Darstellung mit einbezogen. Die Schuldendaten von Ländern und Gemeinden/Gv. wurden dabei zusammengefasst, um die zwischen den Ländern bestehende unterschiedliche Aufgabenverteilung zwischen diesen Haushaltsebenen zu neutralisieren. Die Schulden des Bundes, für die sich ein Betrag von durchschnittlich 12 003 Euro je Einwohner errechnet, bleibt

Schaubild 4

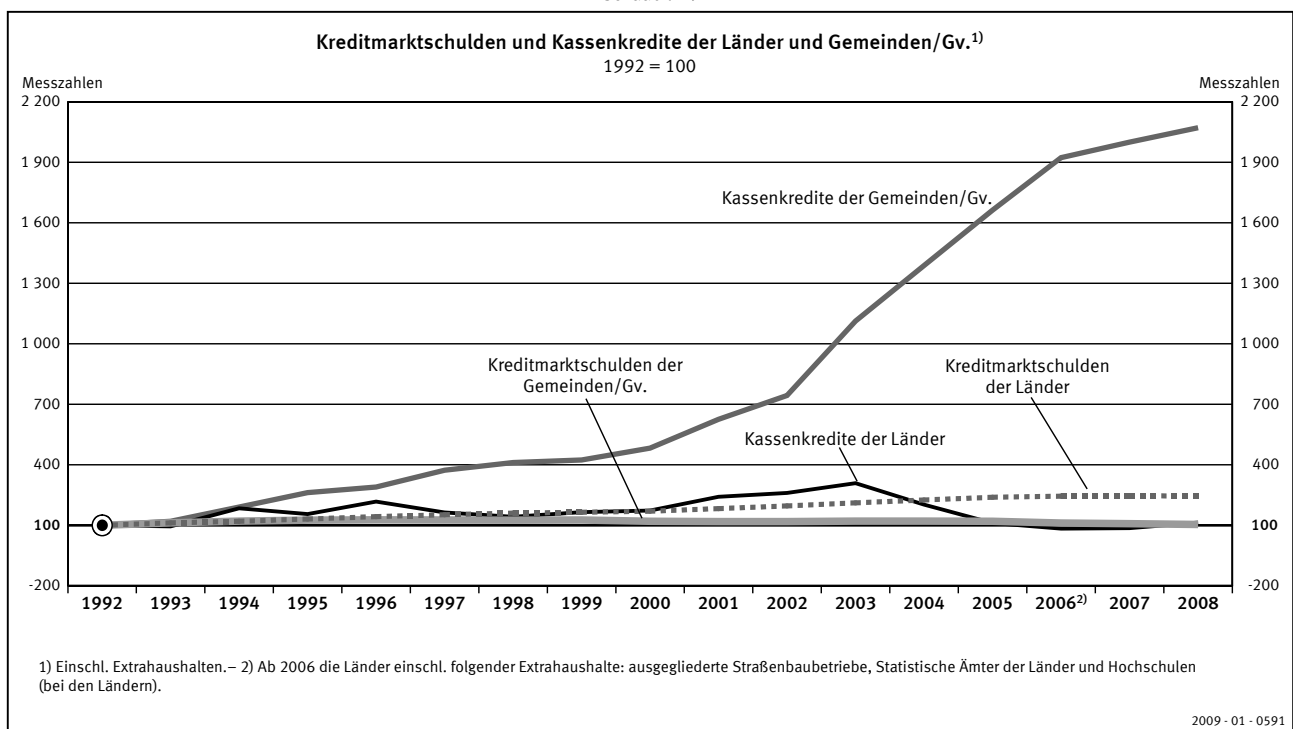
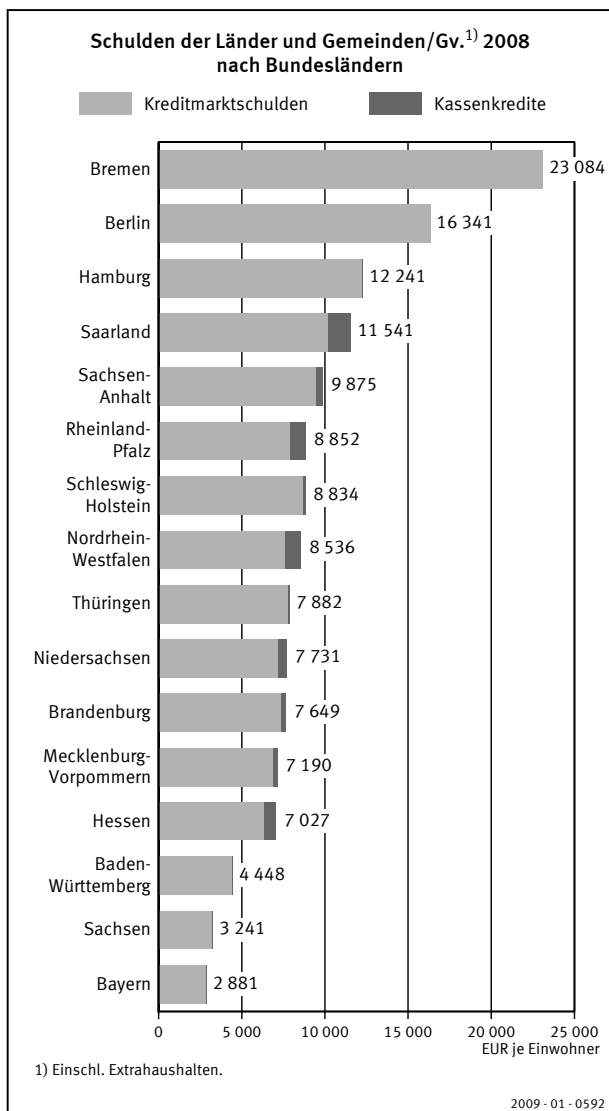


Schaubild 5



Bürgschaften

Im Zuge der beginnenden Finanz- und Wirtschaftskrise wurden 2008 stärker als in den Vorjahren Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen von den öffentlichen Haushalten gewährt. Diese sollten u. a. zur Rettung bedrohter Unternehmen beitragen. Zum 31. Dezember 2008 wurden in der Statistik 376,0 Mrd. Euro an vergebenen Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen nachgewiesen, das waren 43,1 Mrd. Euro oder 12,9% mehr als im Vorjahr. Insbesondere beim Bund stieg das vergebene Bürgschaftsvolumen 2008 stark an, und zwar um 42,6 Mrd. Euro oder 19,6% auf 260,3 Mrd. Euro. Auch die Länder hatten mit 90,0 Mrd. Euro (+8,0%) mehr Bürgschaften vergeben als 2007. Dagegen gewährten die Gemeinden/Gv. und ihre Zweckverbände mit 25,7 Mrd. Euro deutlich weniger Bürgschaften als im Vorjahr (-19,5%).

ben beim Vergleich unberücksichtigt, da diese sich regional nicht unmittelbar zuordnen lassen.

Zum Jahresende 2008 ergab sich aus den Kreditmarktschulden und Kassenkrediten der Länder und Kommunen insgesamt rechnerisch je Einwohner ein Betrag von 7 230 Euro, 13 Euro weniger als zum Ende 2007. Von diesem Gesamtbetrag entfielen 5 905 Euro auf die Schulden der Landeshaushalte und 1 427 Euro auf die Schulden der kommunalen Haushalte.

Von den Bundesländern wiesen Bayern mit 2 881 Euro und Sachsen mit 3 241 Euro rechnerisch die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung auf. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer wurde für das Saarland mit 11 541 Euro und für Sachsen-Anhalt mit 9 875 Euro ermittelt. Deutlich höher war die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadtstaaten mit 15 864 Euro Schulden je Einwohner. Der Pro-Kopf-Wert für Hamburg lag bei 12 241 Euro, der für Berlin bei 16 341 Euro und der für Bremen bei 23 084 Euro. Die größten Zunahmen der Pro-Kopf-Verschuldung gegenüber dem Vorjahr gab es in Bremen (+ 1 190 Euro) und im Saarland (+ 634 Euro).

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 2086
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- www.destatis.de/kontakt